

Nordkorea rüstet auf – Bleibt Japan atomwaffenfrei?

Markus Tidten

Anfang April 2009 hat Nordkorea eine Langstreckenrakete gezündet, angeblich um einen Kommunikationssatelliten ins All zu befördern. Am 25. Mai 2009 brüskierte Pyöngyang dann die Welt ein weiteres Mal und meldete einen angeblich erfolgreich durchgeführten Atomtest, den zweiten innerhalb von weniger als drei Jahren. Anfang Juli testete Nordkorea erneut insgesamt sieben Mittelstreckenraketen. Trotz chronischer Lebensmittelknappheit und Hungersnot hat das Land dieses Jahr nach südkoreanischen Schätzungen etwa 700 Millionen Dollar für Atomtests und Raketenstarts ausgegeben. Ein Großteil dieser Raketen hat eine mittlere Reichweite und bedroht somit auch dicht besiedelte Industrieregionen im Großraum Osaka in Japan.

Am 30. August dieses Jahres werden in Japan Unterhauswahlen stattfinden. Eine Abwahl der LDP, die das Land fast ohne Unterbrechung seit fünf Dekaden regiert, war noch nie wahrscheinlicher. Der Oppositionsführer Yukio Hatoyama, Chef der DPJ (Demokratische Partei), bekennt gegenüber allen Koreanern in klaren Worten Japans historische Schuld. Das könnte dazu beitragen, dass es Tokyo gelingt, zumindest mit Südkorea eine gemeinsame Politik gegen die Bedrohung aus dem Norden zu formulieren. Vorrangiges Ziel für Japan bleibt die Stabilisierung Nordostasiens, was nur in Kooperation mit China und als sicherheitspolitischer Bündnispartner der USA möglich ist.

Denuklearisierung Nordkoreas, auch der zweite Versuch bisher erfolglos

Das nicht verwirklichte Genfer Rahmenabkommen von 1994 zwischen Washington und Pyöngyang – der erste Versuch, über Verhandlungen die Denuklearisierung Nordkoreas festzuschreiben – enthielt eine Nichtangriffsgarantie von Seiten der USA und die Zusage der vollen diplomatischen Anerkennung Nordkoreas durch Washington. Seine Umsetzung durch KEDO (Korean Peninsula Energy Development Organization) scheiterte im Frühjahr 2007 endgültig. Das neue Instrument zur Lösung der Nordkoreafrage sollen die im August 2003 durch die Volksrepublik China gestarteten Sechsländer-Gespräche sein. Damit wurde Pyöngyang, das in erster Linie an bilateralen Verhandlungen mit den USA interessiert ist,

auf ein multilaterales Gesprächsformat zurückgeworfen, an dem neben den USA China, Russland, Japan und Südkorea beteiligt sind. Die beiden für Nordkorea wohl wichtigsten Agendapunkte – die Nichtangriffsgarantie und die diplomatische Anerkennung durch Washington – rücken im Prozess der Sechserunde in den Hintergrund. Für die Dialogpartner Pyöngyangs ist die Denuklearisierung Nordkoreas das wichtigste, um nicht zu sagen einzige Ziel. Dabei haben China, die USA und Japan durchaus unterschiedliche Präferenzen, wenn es um die Schritte zur Durchsetzung der Atomwaffenfreiheit und damit um die Lösung der Nordkoreafrage geht.

Vom bilateralen zum multilateralen Format

Protokollarisch wird das Sechs-Länder-Format von Beginn an von der *Volksrepublik China* dominiert. Beijing lädt ein und bestimmt die Agenda der Sechserunde. China ist ohnehin seit dem Scheitern von KEDO der wichtigste Garant für das Überleben des Regimes in Pyöngyang. Etwa 80 Prozent seines Öls bezieht Nordkorea aus der Volksrepublik. China ist mit Abstand der bedeutendste Handelspartner für Nordkorea, das 70 Prozent seines Außenhandels (ca. 3,8 Mrd. US-Dollar) mit dem großen Nachbarn abwickelt, wobei das gesamte Handelsvolumen des Landes seit 2007 um fast 50 Prozent gestiegen ist. Für China ist das kommunistische Land ein wichtiger Puffer gegenüber dem mit den USA verbündeten Südkorea, auf dessen Territorium seit Ende des Koreakriegs etwa 30 000 Mann US-Militär stationiert sind. Beijing ist an einem stabilen Nordkorea unterhalb der atomaren Schwelle interessiert. Ein nuklear bewaffnetes Regime in Nordkorea schmälerte den Einfluss der Atommacht China in der Region.

Entscheidend sind aus Sicht Pyöngyangs aber die USA, die einzige Macht, von der sich Nordkorea wirklich bedroht sieht. Die amerikanische Militärpräsenz südlich der Grenze ist für Pyöngyangs auch deshalb so

beunruhigend, weil Südkorea und Japan Bündnispartner der USA sind. Beide Länder stehen unter dem »nuklearen Schutzschirm« ihres Alliierten, was Washington in jüngster Zeit wieder unmissverständlich bekräftigt hat. Auch ein halbes Jahrhundert nach Beendigung des Koreakriegs fürchtet sich Pyöngyang immer noch vor einer militärischen Invasion durch die USA. Deren größte Sorge sind dagegen seit dem Austritt Nordkoreas aus dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) Anfang 2003 die Proliferation und die weitere Aushöhlung des NVV-Regimes. Die Forderung nach einem »Regime-Change« in Nordkorea, die in Zeiten der Bush-Administration zu vernehmen war, findet sich allerdings nicht mehr im Vokabular der US-Regierung.

Nordkoreas Rückkehr an den Verhandlungstisch der Sechserunde und seine Wiedereingliederung in das NVV-Regime setzen allerdings eine Gesprächsbereitschaft Pyöngyangs voraus, die im Lichte der seit Oktober 2006 inszenierten Serie von Provokationen mittelfristig kaum erwartet werden kann. Jedes Zugeständnis Pyöngyangs an die USA und seine Verbündeten – wie etwa die Wiederzulassung von IAEA-Inspektoren oder von humanitären Helfern, die Lebensmittel verteilen – würde ausländischen Besuchern gegenüber den wahren Zustand des Landes offenbaren oder gar Kontakt mit der Bevölkerung ermöglichen. Das aber wäre ein existentielles Risiko für das Regime. Der sich rapide verschlechternde Gesundheitszustand des 67-jährigen Führers Kim Jong-il erzeugt zusätzlichen Druck, da die Nachfolgefrage schnellstmöglich geklärt werden muss.

In der momentanen Situation werden die USA kaum mehr erreichen wollen als den Konsens mit China bezüglich jener Modalitäten aufrechtzuerhalten, mit denen die Sanktionen durchgesetzt werden, die in den Nordkorea betreffenden VN-Resolutionen (1695 von Juli 2006, 1718 von Oktober 2006 und 1874 von Juni 2009) niedergelegt sind. Die größte verhandlungstaktische Herausforderung besteht zurzeit darin, vom Ziel der Denuklearisierung Nordkoreas

nicht abzulassen, es aber nicht als Vorleistung für andere, leichter erreichbare Schritte hin zu einer Entspannung oder für Hilfsmaßnahmen zu deklarieren. Das würde Verhandlungen mit Pyöngyang letztlich nur ungemein erschweren, vermutlich sogar unmöglich machen. Wird Nordkoreas Isolation nicht durchbrochen, wird das Land im Chaos versinken, da es nicht mehr fähig ist, die eigene Bevölkerung physisch zu erhalten. Inwieweit ein Zerfall des Regimes von Militärschlägen, wahrscheinlich gegen Südkorea oder Japan, begleitet sein könnte, ist schwer abzuschätzen.

Dass Washington sich in das multilaterale Format der Sechs-Länder-Gespräche eingefügt hat, steht im Einklang mit seiner Nordkoreapolitik seit Etablierung dieser Gespräche. De facto tragen aber immer noch die USA die Hauptlast der Verantwortung für eine Lösung der Koreafrage, denn für Pyöngyang ist ausschlaggebend, wie sich die USA verhalten.

Japan, ein schwieriger Gesprächspartner in der Sechsessrunde

Japan, der Nachbar Koreas, ist das einzige Land, das bisher einen atomaren Angriff erleben musste. Aus diesem Grund, aber auch wegen seiner herausgehobenen Rolle in der Region ist es ein »natürlicher« Teilnehmer in der Sechsessrunde. Für Japan ist es selbstverständlich, sich weltweit, insbesondere aber dem ihm feindlich gesinnten Nordkorea gegenüber für Denuklearisierung einzusetzen. Doch Tokyos Agenda geht darüber hinaus. Mitte der 1970er Jahre entführten nordkoreanische Geheimdienstler mehrfach vorwiegend jugendliche japanische Staatsbürger und zwangen sie in nordkoreanischen Umerziehungslagern zur Ausbildung von Agenten, die dann gegen Japan eingesetzt wurden. Bis Ende der 1990er Jahre spielte diese sogenannte »Entführtenfrage« kaum eine Rolle in den japanischen Medien. Erst seitdem Nordkoreas Führer Kim Jong-il beim ersten nordkoreanisch-japanischen Gipfeltreffen in Pyöngyang im September 2002 gegenüber dem

damaligen japanischen Ministerpräsidenten Junichiro Koizumi diese Entführungen als »Aktionen von Teilen des nordkoreanischen Militärs« eingestanden hat, ist die Forderung, das Schicksal der Verschleppten zu klären, fester Bestandteil der außenpolitischen Agenda Japans. Tokyo fordert die Freilassung und Rückkehr vermisster Personen, die es noch in Nordkoreas Lagern wähnt. Die Klärung der »Entführtenfrage« ist inzwischen Tokyos Ceterum censeo bei allen Gesprächen der Sechsessrunde. Auch in den bilateralen japanisch-amerikanischen Konsultationen über die Nordkoreafrage trägt die japanische Seite diese Forderung regelmäßig vor, denn Tokyo erwartet sich in dieser Sache amerikanische Unterstützung. Für die nationalkonservativen Kräfte in Japans Regierungspartei LDP, aber auch für die Verfechter einer robusten Sicherheitspolitik Japans ist das faktische »Staatsterrorismus-Geständnis« Kim Jong-ils zudem ein willkommenes, immer wieder herbeigeholtes Argument, um für eine exponiertere militärische Rolle der japanischen Streitkräfte zu werben.

Die Nordkoreafrage – Raison d'être der japanischen Sicherheitspolitik

Bei der Mehrheit der japanischen Bevölkerung lässt sich eine alles Militärische ablehnende Grundtendenz beobachten, insbesondere das Denken der akademischen Eliten ist pazifistisch geprägt. Dem zahlenmäßig zwar kleinen, bisher aber recht einflussreichen nationalkonservativen Flügel innerhalb der LDP, der für eine robustere Sicherheitspolitik eintritt, kommt es daher durchaus gelegen, gegenüber der Öffentlichkeit auf das »terroristische Regime« in Nordkorea hinweisen zu können, das zudem noch den Status einer Nuklearmacht für sich reklamiert. Als beispielsweise die US-Administration im Oktober 2008 aus wohl eher opportunistischen Erwägungen heraus dem Regime in Pyöngyang zusagte, Nordkorea von der Liste der Terrorförderstaaten zu streichen, protestierte Tokyo vehement. Teilen der LDP ist es ganz recht,

wenn der Staat Nordkorea als Bedrohungspotential erhalten bleibt. Und auch Pyöngyangs propagandistische Rhetorik gegenüber dem »US Vasallen Japan« ist diesen Kreisen deshalb bis zu einem gewissen Grad willkommen.

Aber es ist nicht nur die martialische Diktion Pyöngyangs, die sich neben Südkorea auch gegen Japan richtet. Der Abschussort und die Reichweiten der nordkoreanischen Raketen rücken Japan ebenfalls ins Visier. Die relative Gelassenheit, mit der Japans Bevölkerung und seine Regierung diese Provokationen offiziell zur Kenntnis nehmen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Pyöngyang damit den erwähnten nationalkonservativen Strömungen in Japans Noch-Regierungspartei LDP in die Hände arbeitet. Japan verfügt im zivilen Nuklearbereich anerkanntermaßen über Spitzentechnologie. Das Land ist weltweit der zweitgrößte Nutzer von Kernenergie. Es betreibt 63 Reaktoren, die 35 Prozent des Stroms generieren. Das Kraftwerkskonzept Japans verfügt über einen geschlossenen Plutoniumkreislauf. Kurzfristig könnte mehr als ausreichend waffenfähiges Spaltmaterial zur Verfügung gestellt werden. Auch die Raketentechnik hat mittlerweile Weltspitzenniveau. Japans Weltraumforschung stützt sich seit Beginn der 1980er Jahre auf Eigenentwicklungen bei Träger raketen. Die wichtigsten technischen Voraussetzungen für eine Nuklearmacht Japan sind damit gegeben.

Es gibt aber gravierende innen- und außenpolitische Faktoren, die Japans demokratisch gewählte Regierungen davon abhalten werden, diesen letzten Schritt zu tun. Da sind zunächst die drei sogenannten »Nicht-Nuklearprinzipien« (von Premierminister Eisaku Sato 1967 ins Parlament gebracht) zu nennen, denen zufolge Japan die Herstellung, den Besitz und die Lagerung/Einfuhr von Atomwaffen ablehnt. Zwar wurden diese Prinzipien nie in die Form eines bindenden Gesetzes gegossen, jedoch gelten sie und ein Kabinettsbeschluss von 1976, wonach der Verteidigungshaushalt niemals mehr als 1 Prozent des BSP

entsprechen darf, als eherne Grundsätze, die mittlerweile fest im Bewusstsein der Bevölkerung verankert sind. Außenpolitisch schreibt der Allianzvertrag mit den USA fest, dass die Sicherheit und territoriale Integrität eines *atomwaffenfreien* Japan durch den nuklearen Schutzschirm der USA garantiert wird. Eine Nuklearbewaffnung Japans erforderte eine grundsätzliche Änderung, wenn nicht gar Kündigung dieses Allianzvertrags. Außerdem wäre ein Austritt aus dem Nichtverbreitungsvertrag zwingend, dem Japan seit 1970 angehört. Die pazifistisch geprägte Gesellschaft würde eine Missachtung all dieser Faktoren umgehend an der Wahlurne ahnden. So ist beispielsweise bis heute eine Revision der Verfassung und ganz besonders des Artikels 9, der nationale »Streitkräfte« eigentlich verbietet, an diesem gesellschaftlichen Grundkonsens gescheitert.

Fazit

Folgt man derzeitigen Prognosen, werden die bevorstehenden Unterhauswahlen der seit über einem halben Jahrhundert fast ununterbrochen regierenden LDP die größte Niederlage ihrer Geschichte bringen. Die sicherheits- und bündnispolitischen Vorstellungen der größten Oppositionspartei DPJ deuten aber darauf, dass Japan unter einer neuen Regierung eher auf mehr Dialog und weniger auf den Ausbau seiner militärischen Potentiale setzen würde. Die Chancen für eine aggressive Aufrüstung – insbesondere unter Einschluss einer Nuklearkomponente – dürften angesichts des in der Bevölkerung ohnehin schwachen Rückhalts für einen solchen Kurs mit der zu erwartenden neuen Regierung schwinden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364